

Deutsche sorgen sich um Schweizer AKW-Sicherheit

Baden-Württemberg kritisiert Doris Leuthards «Lex Beznau»

Adrian Schmid

Bern Es ist der nächste Angriff aus Deutschland auf die Schweizer AKW-Politik: Das Bundesland Baden-Württemberg ärgert sich darüber, dass Bundesrätin Doris Leuthard die Bestimmungen zur Sicherheit von Atomkraftwerken ändern will. Ihre Vorschläge stellen «eher ein Absenken» der bisher gültigen Sicherheitsanforderungen dar, hält Franz Untersteller, Umweltminister von Baden-Württemberg, in einem Brief an Leuthard fest.

Grünen-Politiker Untersteller fordert Leuthard zum Umdenken auf, um einem «schleichenden Abnehmen der Sicherheit» in den Schweizer Atomkraftwerken entgegenzuwirken. «Wir beide haben ein gemeinsames Interesse daran, dass die Risiken für die Bevölkerung und die Umgebung auf beiden Seiten der Grenze reduziert werden.»

Die Energieministerin schlägt eine Änderung der Regeln vor

Konkret geht es um die laufende Revision der Kernenergieverordnung. Dabei sollen die Vorgaben an die Sicherheit bei starken Erdbeben gelockert werden. Vorgesehen ist eine Abschwächung der Strahlenschutzbestimmungen um den Faktor 100.

Atomgegner sprechen bereits von einer «Lex Beznau», weil vor dem Bundesverwaltungsgericht dazu eine Beschwerde von Umweltorganisationen gegen das Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hängig ist. Dem Ensi wird vorgeworfen, es erlaube den Betrieb des Atomkraftwerks Beznau zu Unrecht, weil dort die geltenden Strahlenschutzbestimmungen nicht eingehalten würden. Mitten in diesem Streit schlägt Leuthard nun vor, die Regeln so anzupassen, dass diese vom AKW Beznau erfüllt würden.

Die SP Schweiz betitelte das Vorgehen unlängst als «riesigen Skandal» und reichte eine Aufsichtsbeschwerde ein, zumal das älteste AKW des Landes vor rund einem Monat nach einer dreijährigen Pause wieder ans Netz ging. Selbst Bürgerliche haben Leuthards Entwurf aufhorchen lassen.



Blick auf das AKW Beznau im Kanton Aargau: Ein Unfall würde auch das benachbarte Ausland treffen Foto: Keystone

FDP-Ständerat Damian Müller, kein Atomgegner, fordert eine Prüfung der Strahlenschutzgrenzwerte. Er hat kürzlich dazu einen Vorstoss eingereicht.

Senkung des Sicherheitsniveaus «nicht hinnehmbar»

Es überrascht nicht, dass der Fall selbst in Deutschland auf Resonanz stösst. Das AKW Beznau befindet sich nahe der Grenze, ein Unfall träfe auch Baden-Württemberg und seine 11 Millionen Einwohner. Zudem gehört das Bundesland einer Allianz der Regionen an, die sich für einen europäischen Atomausstieg starkmacht. Die Regierung in Stuttgart mischt sich denn auch regelmässig in die

Schweizer AKW-Politik ein. Es ist nicht lange her, dass Umweltminister Untersteller ein Gutachten zu Beznau in Auftrag gab. Die Autoren kamen zum Schluss, dass das AKW trotz Nachrüstungen immer noch wesentliche sicherheitstechnische Schwachstellen aufweise. Die Axpo, die das Atomkraftwerk Beznau betreibt, bezeichnete das Gutachten «als politisch motiviert». Untersteller hingegen zog den Schluss daraus, Beznau müsse stillgelegt werden. Auch jetzt regt er eine Regelung an, damit die Atomaufsicht Ensi eine Anlage «dauerhaft ausser Betrieb» nehmen könnte.

Derweil nimmt der Druck auf Leuthard auch hierzulande weiter zu. Etliche Kantone äussern sich

ebenfalls kritisch zu den Vorschlägen. Dazu gehören nebst Zürich, Basel-Stadt, Waadt, Freiburg und Tessin auch eher konservative Stände wie Appenzell Innerrhoden oder Schwyz. «Wir sind überzeugt, dass mit steigendem Alter der KKW und Zunahme der Bevölkerungsdichte um die KKW auf die Sicherheitsanforderungen besonders geachtet werden muss und diese nicht abgeschwächt werden dürfen», schreibt die Schwyzer Regierung in einer Stellungnahme. Selbst der AKW-Standortkanton Bern lehnt die Anpassungen ab. Die Senkung des Sicherheitsniveaus sei «nicht hinnehmbar», heisst es in der Vernehmlassungsantwort des Berner Regierungsrats.

Politohr

Offroad-Fans hätten den grünen Nationalrat **Bastien Girod** schon vor Jahren am liebsten an den Südpol verfrachtet. Jetzt scheint die Botschaft endlich bei Girod angekommen zu sein. Nachdem ihm der Wechsel in die Zürcher Stadtregierung parteiintern verwehrt worden ist, hat er eine neue berufliche Herausforderung gefunden: Ab sofort arbeitet Girod für die Klimaschutzfirma South Pole, wo er die Leitung des Bereichs Umweltinnovation übernimmt. Auf Forscher Girod warten nun aber keine klimaschädlichen Reisen zu den Pinguinen. Die Firma setzt auf Nachhaltigkeit und hat ihre Büros nicht in der Antarktis, sondern im Technopark Zürich.



Bundesrat **Ignazio Cassis** hat diese Woche die Erfindermesse in Genf besucht. Statt einer Erfindung hatte er leider nur eine mässig lustige Rede im Gepäck. Dabei hätte der Aussenminister doch zu Hause eine hervorragende Erfindung gehabt: den politischen Resetknopf. Man braucht ihn nur zu drücken, und schon kann man in einer verfahrenen Debatte ballastfrei von vorne beginnen. Warum also hat Cassis sein Meisterwerk nicht mitgenommen? Wahrscheinlich ist, dass die Veranstalter der Messe dem Magistraten aus dem Tessin verboten haben, den Knopf zu präsentieren. Denn erlaubt waren dort nur Erfindungen, die funktionieren.



Knopf zum Zweiten: Diese Woche gab in der Schweiz noch ein zweiter Wunderknopf für Politiker zu reden. Der «Wahlknopf» von Facebook. Facebook hat Politiker aller Parteien zu einem Workshop in Zürich eingeladen. Hingegangen ist unter anderem Social-Media-Spezialistin und SVP-Nationalrätin **Natalie Rickli**. Man fragte sich, warum ausgerechnet Rickli, die sich doch mit Facebook bestens auskennt, einen solchen Kurs besucht. Möglicherweise hat sie den Knopf bis jetzt übersehen. Und vielleicht hat sie insgeheim gehofft, dass sie künftig, um gewählt zu werden, bloss noch Zuckerbergs Zauberknopf drücken muss. Hat sie dies tatsächlich geglaubt, wäre sie am Kurs enttäuscht worden. Denn die Kursleiter haben den Politikern am Workshop verklickert, dass der Knopf, der möglicherweise bereits 2019 auch in der Schweiz eingesetzt wird, nicht für Politiker ist, sondern für die Wähler.



Anzeige



Josef Höger, «Blick vom Garten auf Burg und Schloss Liechtenstein bei Mödling», 1844
© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

VALUES WORTH SHARING

«Unsere Familie investiert langfristig – seit 1136.»

S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, LGT Chairman seit 1990



Private Banking

lgt.ch/values